

Medienkonferenz Alliance Sud vom 11. September 2018

Steuervorlage 17: Neue Erkenntnisse zu Steuerschlupflöchern für Konzerne

Ellen Ehmke, Analystin zum Thema soziale Ungleichheit bei Oxfam Deutschland

Die Studie von Alliance Sud zeigt: Die Schweiz ist nicht wirklich bereit, die Kriterien zu erfüllen, um die es bei den Reformprozessen des globalen Steuerregimes geht. Das ist schlecht für den Ruf der Schweiz, ein Land, welches die Möglichkeit hätte, hier im positiven Sinne ein Vorreiter zu sein.

Die Studie von Alliance Sud konzentriert sich auf zwei Elemente, die Fortschreibung der Swiss Finance Branch und den Beteiligungsabzug. Sie zeigt damit, dass es durch die SV17 weiterhin umfassende Möglichkeiten geben wird zum Verschieben von Gewinnen in Tiefsteuergebiete und dem Kleinrechnen der Steuerbasis – durch die und in der Schweiz.

Es ist somit offensichtlich, dass die Schweiz nicht wirklich dem Prinzip des „Base Erosion and Profit Shifting (BEPS)“ abgeschworen hat, sondern hofft, damit noch eine Weile durchzukommen. Doch auch der Schweiz muss klar sein, dass bei einem Steuerwettbewerb ins Bodenlose langfristig keiner gewinnen kann. Das Grün der (Steuer)Oase wird vertrocknen, wenn sich alle gegenseitig das Wasser abgraben.

Der Einfluss dieser Steuervorlage auf öffentliche Haushalte reicht über die Schweiz weit hinaus. Weil die Schweiz eine so wichtige Steueroase ist – und mit Verabschiedung der Steuervorlage 17 in der derzeitigen Fassung auch bleiben wird –, steht sie unter der Beobachtung der internationalen Zivilgesellschaft.

Wenn die Schweiz mit jeder Unternehmenssteuerreform (USR III und jetzt SV17) ihr Dasein als Tiefsteuergebiet aufs Neue zementiert, ist dies keine inner-schweizer Angelegenheit.

Für die Haushaltsplanung werden Berechnungen angestellt, wie sich die neuen Steuerregeln auf die Budgets des Bundes und der Kantone auswirken. Was fehlt, sind die Berechnungen für die Länder, denen durch die alten und neuen Sonderregimes Steuereinnahmen entgehen und denen damit weiterhin massiv geschadet wird. Ich denke hier vor allem an Länder des globalen Südens, denen jährlich rund 100-200 Milliarden Dollar an potentiellen Steuereinnahmen fehlen, die sie dringend für ihre Entwicklung, für ihren Service public, für Schulen, Krankenhäuser, soziale Sicherung und Infrastruktur brauchen.

Zur Steuervermeidung tragen Steueroasen / Tiefsteuergebiete – also Länder, die besonders niedrige Steuern erheben oder viele Schlupflöcher geschaffen haben und die wenig über die Inhaber der dort geparkten Gelder preisgeben – entscheidend bei. Steueroasen graben Ländern auf der ganzen Welt das Geld ab, das diese für ihre eigene Entwicklung brauchen, und machen auch deren Steuersysteme weniger progressiv. Die Schweiz hat zwar nicht die schädlichsten Regeln aller Steueroasen, sie ist jedoch die größte, und damit von entscheidender Bedeutung: 1/4 des globalen Markts für grenzüberschreitende Vermögensverwaltung passiert in der Schweiz (Schattenfinanzindex 2018).

Ich bin heute hier als Vertreterin einer Organisation, die sich für Steuergerechtigkeit stark macht, um den Schweizer Parlamentarier*innen zu sagen, dass es an der Zeit ist, einen grundlegenden Kurswechsel zu einem national und international fairen Steuerregime einzuleiten.

Konzerne müssen dort angemessen besteuert werden, wo ihre wirtschaftlichen Aktivitäten stattfinden und somit ihren fairen Beitrag zum Allgemeinwohl leisten, überall auf der Welt. Gleiches gilt für superreiche Einzelpersonen. Steueroasen machen das Unterlaufen dieses Grundsatzes erst möglich. Anstatt globaler Vorreiter darin zu sein, anderen das Wasser abzugraben, sollte die Schweiz Vorreiterin darin werden. Länder des Südens darin zu unterstützen, die benötigten Ressourcen zu mobilisieren, die sie brauchen, um ihren Service public aufzubauen; das wäre wirklich ein Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung.

Weitere Informationen:

Ellen Ehmke, Oxfam Deutschland, Tel. +49 175 1648923, Mail: eehmke@oxfam.de